

From: E. Randol Schoenberg randols@BSLAW.NET
Subject: Parliamentary Inquiries
Date: September 5, 2009 at 8:10 AM
To: Eva Blimlinger eva.blimlinger@uni-ak.ac.at
Cc: E. Randol Schoenberg randols@bslaw.net



Dear Eva,

I am still hoping very much to hear from you regarding the Klimt portrait of Amalie Zuckerkandl. Below is a recent development, some answers to parliamentary inquiries by Minister Schmied. In her answers to questions 11-15 she sets forth the procedures that would allow the Beirat to reconsider the Felsővanyi Waldmüller and the Bloch-Bauer Klimt/Zuckerkandl cases. The Beirat is empowered to reconsider prior recommendations it has made (answer 13) in cases of new evidence or extreme injustice. The Beirat is empowered to reconsider prior court decisions in cases of “extreme injustice” (answer 12).

The arbitration and court decisions in the Bloch-Bauer Klimt/Zuckerkandl case constitute an “extreme injustice”, as much or more so than the Mahler-Werfel case. After all, in Mahler-Werfel there were factual issues. In the Bloch-Bauer case, there is not only a gross factual error (the finding, without evidence, of a “gift” made by a Jew already in exile) but also the admitted refusal to apply the correct legal standard. As Minister Schmied affirms (answers 11 and 15) the Beirat applies a broad definition of Entziehung (even broader than the 3. Rückstellungsg). The arbitration panel, and the court, expressly refused to apply the Judikatur of the 3. Rückstellungsg in the Bloch-Bauer case. (See [Heller/Rauscher, Die Rechtsprechung der Rückstellungskommissionen, 1949, 221, S. 445-6, Rkb Wien 817/48 v. 10.9.1948](#) <http://www.bslaw.com/altmann/Zuckerkandl/Klage/Heller.pdf>) This qualifies as an extreme injustice.

Similarly, the Felsővanyi Waldmüller decision cries out for reconsideration, in the same way that Mahler-Werfel did. Indeed, the basis of that decision (the good faith purchase of the paintings by the gallery from a dealer during the war) is expressly repudiated by Minister Schmied in her answer 15 below.

I will be in Vienna Oct 1-7 and would welcome the opportunity to speak with you, Dr. Jabloner, or the entire Beirat about these important matters.

Sincerely yours,

Randol Schoenberg

E. Randol Schoenberg, Of Counsel
Burris, Schoenberg & Walden, LLP

Home Office:
11429 Chenault St.
Los Angeles, CA 90049
tel: (424) 208-3844
mob: (310) 739-7979
fax: (424) 208-3405

Business Office:
12121 Wilshire Boulevard, Suite 800

Los Angeles, California 90025-1168
Tel: (310) 442-5559
Fax: (310) 442-0353
eFax: (425) 740-0483

E-mail: randols@bslaw.net
<http://www.bslaw.net>

http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/AB/AB_02652/pmh.shtml

2838/J XXIV. GP

Eingelangt am 13.07.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Zinggl, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur

betreffend die Novelle des Kunstrückgabegesetzes

Die kurz vor der Sommerpause des Nationalrates im Ministerrat beschlossene Novelle des Kunstrückgabegesetzes (BGBl. 181/1998) bietet in einigen Bereichen zwar durchaus begrüßenswerte Verbesserungen, zentrale Kritikpunkte an der bisherigen Ausgestaltung des Gesetzes bleiben aber leider völlig unberücksichtigt. Dies betrifft vor allem die Unterwerfung der Leopold Privatstiftung unter das Kunstrückgabegesetz. Unabhängig von der Untersuchungstätigkeit der beiden vom Bund bestellten Provenienzforscher ist es ein Zeichen höchster politischer Kurzsichtigkeit, nicht bereits jetzt legislative Vorkehrungen betreffend die Leopold Privatstiftung zu treffen. Ein weiteres Versäumnis betrifft die Definition des Tatbestandes der Entziehung. Dieser Tatbestand ist im Nichtigkeitsgesetz (BGBl. 106/1946) nur äußerst vage bestimmt. In seinen Argumentationen scheint sich der Kunstrückgabebeirat häufig auf das Dritte Rückstellungsgesetz (BGBl. 54/1947) zu beziehen, dem zufolge eine nichtige Vermögensentziehung dann vorliegt, „wenn der Eigentümer politischer Verfolgung durch den Nationalsozialismus unterworfen war und der Erwerber des Vermögens nicht dartut, dass die Vermögensübertragung auch unabhängig von der Machtergreifung des Nationalsozialismus erfolgt wäre“. Es wäre nur konsequent, würde diese – im Übrigen völlig nachvollziehbare – geübte Praxis des Kunstrückgabebeirates im Gesetz explizit festgehalten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie viel Geld hat die Leopold Privatstiftung seit 1998 für Anwalts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit Egon Schieles „Bildnis Wally“ ausgegeben? Wir ersuchen um Aufschlüsselung nach Jahren.
2. Wie viel Geld hat die Leopold Privatstiftung seit 1998 für Anwalts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit Egon Schieles „Häuser am Meer“ ausgegeben? Wir ersuchen um Aufschlüsselung nach Jahren.
3. Wann werden die beiden unabhängigen, vom Bund bezahlten Provenienzforscher im Leopold Museum den für Jänner 2009 angekündigten Zwischenbericht über ihre Tätigkeit vorlegen?
4. Bis wann ist mit einem vorläufigen Endbericht zu rechnen?
5. Wie viele Kunstwerke aus der Leopold Privatstiftung wären nach Ansicht Ihres Ministeriums zu restituieren, wäre das Museum dem Kunstrückgabegesetz unterworfen?
6. Hätte die Rückgabe von so prominenten Bildern wie „Bildnis Wally“ oder „Häuser am Meer“ nachträglich Auswirkungen auf den Preis, den die Republik für die Sammlung Leopold bezahlt hat?
7. Wären prominente Bilder wie „Bildnis Wally“ oder „Häuser am Meer“ nicht mehr Bestandteil der Sammlung Leopold, hielten Sie dann 160 Millionen Euro immer noch für einen günstigen Ankaufspreis für die Sammlung?
8. Wie beurteilt Ihr Ministerium die juristischen Argumente des Verfassungsrechtlers Walter Berka, der im November 2008 ein Gutachten vorgelegt hat, demzufolge es verfassungsrechtlich unbedenklich sei, das Leopold Museum dem Kunstrückgabegesetz zu unterwerfen?
9. Welche Argumente jenseits des Pragmatismus – eine gesetzliche Verpflichtung sei „hochriskant“ und würde „jahrelange Gerichtsverfahren mit höchst ungewissem Ausgang nach sich ziehen“, ließen Sie im November 2008 mitteilen – lassen sich zur Widerlegung des Berka-Gutachtens anführen?
10. Wie, wenn nicht mittels eines Gesetzes, wollen Sie Rudolf Leopold zur Rückgabe geraubter Kunst überreden?
11. In wie vielen Empfehlungen an die jeweilige Ministerin hat sich der Kunstrückgabebeirat auf § 2 Abs. 1 Drittes Rückstellungsgesetz (BGBl. 54/1947) bezogen? Wir ersuchen um Auflistung dieser Empfehlungen.
12. In wie vielen Fällen hat der Kunstrückgabebeirat Entscheidungen der Rückstellungskommissionen der 1940er und 1950er Jahre aufgehoben und die Rückgabe der betreffenden Kunstwerke empfohlen?
13. In wie vielen Fällen hat der Kunstrückgabebeirat eigene frühere negative Empfehlungen revidiert?
14. Wie definieren Sie eine „nichtige Vermögensentziehung“?
15. Aus welchen Gründen verzichten Sie in der Novelle des Kunstrückgabegesetzes auf den Bezug zum Dritten Rückstellungsgesetz?

Eingelangt am 04.09.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Unterricht, Kunst und Kultur

Anfragebeantwortung

**Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur**

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl:
BMUKK-10.000/0258-III/4a/2009

Wien, 2. September 2009

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2838/J-NR/2009 betreffend die Novelle des Kunstrückgabegesetzes, die die Abg. Mag. Dr. Wolfgang Zinggl, Kolleginnen und Kollegen am 13. Juli 2009 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Die gegenständlichen sich auf die operative Geschäftsführung der Stiftung beziehenden Fragen stellen keine Angelegenheit der Vollziehung des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur dar. Das Interpellationsrecht gemäß Art. 52 Abs. 1 B-VG bezieht sich auf die Geschäftsführung der Bundesregierung, das heißt die Tätigkeit der Mitglieder der Bundesregierung bzw. auf alle Gegenstände der Vollziehung im Wirkungsbereich des jeweiligen Mitglieds der Bundesregierung.

Zu Frage 3:

Die beiden Provenienzforscher werden den Bericht über die so genannte Phase I des von ihnen erstellten Arbeitsplanes bis Jahresende 2009 vorlegen. Die Phase I umfasst Berichte zu 23 Werken aus 13 Sammlungen (darunter Heinrich Rieger, Fritz Grünbaum, Carl Mayländer).

Zu Frage 4:

Das von den Provenienzforschern vorgelegte Arbeitsprogramm sieht nach der bereits erwähnten Phase I eine Phase II betreffend 39 noch nicht erforschte Ölgemälde von Egon Schiele vor und skizziert eine nach deren Prominenz und relativ guten Erfassung in Werkverzeichnissen gereichte fortschreitende Provenienzforschung. Das zeitliche Erfordernis für die Erforschung dieser Werke können die Provenienzforscher noch nicht abschätzen. Die

Frage, bis wann mit einem „vorläufigen Endbericht“ zu rechnen sein könnte, ist daher derzeit nicht beantwortbar.

Zu Frage 5:

Die Frage ist derzeit nicht beantwortbar, weil sie erst auf Grundlage der durch die unabhängigen Provenienzforscher schaffenden Aktenlage beurteilt werden kann.

Zu Frage 6:

Eine Beurteilung von Auswirkungen künftiger Rückgaben auf die seinerzeit eingegangenen vertraglichen Verhältnisse wäre rein spekulativ. Es erscheint jedoch nicht im Interesse der Kunstrückgabe gelegen, diese in Verbindung mit möglichen Regressansprüchen des Bundes zu setzen. Im Übrigen sieht auch das Kunstrückgabegesetz für den Fall der Rückgabe nach 1945 erworbener Kunstgegenstände keine Regressansprüche gegen die Veräußerer vor.

Zu Frage 7:

Die Kunstrückgabe des Bundes erfolgt ungeachtet des jeweiligen (wirtschaftlichen) Wertes des zurückzugebenden Objektes. Es ist daher aus Sicht des Ressorts auch für künftige Rückgaben aus der Leopold Museum Privatstiftung nicht relevant, ob sich damit die im Zusammenhang mit der Errichtung der Stiftung eingegangenen Vertragsverhältnisse als (wirtschaftlich) mehr oder weniger „günstig“ erweisen.

Zu Fragen 8 und 9:

Auf Initiative des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, an welcher neben Vertretern des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Justiz, des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten sowie der Finanzprokuratur auch der Vorsitzende des Kunstrückgabebeirates, Univ.Prof. Dr. Dr.h.c. Clemens Jabloner teilnahmen. Dieser Arbeitsgruppe lag das Gutachten von Univ.Prof. Dr. Walter Berka vor. Insbesondere unter Bezug auf das verfassungsrechtlich geschützte Eigentumsrecht kam man zum Ergebnis, dass ein gesetzlicher Eingriff in das Vermögen der Leopold Museum Privatstiftung nicht empfohlen werden kann. Das Bundesministerium verfolgt daher auf Basis der Ergebnisse der Arbeitsgruppe eine verfassungskonforme, ergebnisorientierte und dauerhafte Lösung.

Zu Frage 10:

Die gemeinsam von der Leopold Museum Privatstiftung und dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur eingesetzte unabhängige Provenienzforschung hat die Aufgabe, eine klare Faktenlage und damit eine überzeugende Basis für weitere Entscheidungen zu schaffen. Da die fraglichen Sammlungsgegenstände nicht im Eigentum von Prof. Dr. Rudolf Leopold, sondern der Stiftung stehen, werden die Entscheidungen durch den Vorstand zu treffen sein.

Zu Frage 11:

Der Beirat wendet in seinen Empfehlungen das Kunstrückgabegesetz, BGBl. I Nr. 181/1998, an. Da dieses auf das Nichtigkeitsgesetz, BGBl. Nr. 106/1946, verweist, welches durch die nachfolgenden Rückstellungsgesetze ausgeführt wurde, bezieht sich der Beirat in seiner Auslegung regelmäßig auf die einschlägige Judikaturen der Rückstellungskommissionen, darunter auch auf jene zu § 2 Abs. 1 Drittes Rückstellungsgesetz.

Zu Frage 12:

Der Kunstrückgabebeirat findet seine Empfehlungen auf Grundlage des Kunstrückgabegesetzes, BGBl. I Nr. 181/1998, er hat keine Kompetenz, Entscheidungen der Rückstellungskommissionen „aufzuheben“.

Der Beirat beachtet die Bindungswirkung rechtskräftiger Entscheidungen, wenn diese (inhaltlich) das Vorliegen eines Tatbestandselements des Kunstrückgabegesetzes verneinen (z.B. Empfehlung vom 7. Dezember 2007 betreffend Franz und Helene Erlach), berücksichtigt jedoch die Rechtsfigur der „extremen Ungerechtigkeit“ (Empfehlung vom 20. November 2003 betreffend Alma Mahler-Werfel).

Zu Frage 13:

Der Beirat hat in folgenden Rückgabefällen negative Empfehlungen durch spätere Empfehlungen abgeändert:

- Bernhard Altmann, Empfehlung vom 18. Juni 2003, abgeändert nach ergänzenden Ermittlungen durch die Kommission für Provenienzforschung durch die Empfehlung vom 20. November 2003
- Ferdinand Bloch-Bauer, Empfehlung vom 25. November 2004, abgeändert nach ergänzenden Ermittlungen durch die Kommission für Provenienzforschung durch die Empfehlung vom 1. Juni 2006
- Dr. Arthur Feldmann, Empfehlung vom 14. Dezember 2005, abgeändert nach ergänzenden Ermittlungen durch die Kommission für Provenienzforschung durch die Empfehlung vom 3. Oktober 2008
- Alma Mahler-Werfel, Empfehlung vom 27. Oktober 1999, abgeändert unter Bezug auf die Rechtsfigur der „extremen Ungerechtigkeit“ entsprechend dem zwischenzeitig in Kraft getretenen Entschädigungsfondsgesetz durch die Empfehlung vom 20. November 2003

Zu Frage 14:

Der Begriff der „nichtigen Vermögensentziehung“ ist gemäß § 1 Kunstrückgabegesetz ein Rechtsgeschäft oder eine Rechtshandlung, die unter § 1 Nichtigkeitsgesetz 1946 zu subsumieren ist.

Zu Frage 15:

Der Bezug auf das Nichtigkeitsgesetz 1946 bietet eine weite Definition der Vermögensentziehung, die nicht durch einen gutgläubigen Eigentumserwerb in einer öffentlichen Versteigerung oder vom befugten Erwerbsmann, wie dies § 4 Drittes Rückstellungsgesetz vorsieht, eingeschränkt wird.

Die Bundesministerin:

Dr. Claudia Schmied eh.

----- End of Forwarded Message

Date: May 13, 2009 at 8:39:06 AM PDT

Subject: **Re: Amalie Zuckerkandl**

From: "E. Randol Schoenberg" <randols@bslaw.net>

To: Eva Blimlinger <eva.blimlinger@uni-ak.ac.at>

~~From: Eva Blimlinger <eva.blimlinger@uni-ak.ac.at>~~
Cc: E Randol Schoenberg <randols@bslaw.net>

Eva,

I hope we can speak or discuss this further. I was just reading the recent decisions, for example Maria Kalbeck Mautner, where the Beirat said

Der Beirat hat erwogen:

Gemäß § 1 Z. 2 Kunstrückgabegesetz können entzogene Gegenstände ihren ursprünglichen Eigentümern bzw. der Rechtsnachfolger von Todes wegen übereignet werden. **Gegenständlich lässt sich zwar nicht feststellen, auf welchem Wege die Objekte von der damaligen Theatersammlung erworben wurden.** Da jedoch Maria Kalbeck Mautner verfolgt war und im November 1938 Österreich verlassen musste, kann dahingestellt bleiben, ob die Objekte aus dem von der Spedition nicht abegangenen Umzugslift stammen und in der Folge beschlagnahmt wurden oder von Maria Kalbeck Mautner **aus Anlass ihrer Flucht der Theatersammlung geschenkt** oder an diese veräußert wurden. **In jedem Fall** handelt es sich um Rechtsgeschäfte, welche durch die Verfolgung von Maria Kalbeck Mautner bedingt (bzw. Teil der Verfolgung) waren. Der Beirat kommt daher zum Ergebnis, dass die Voraussetzungen § 1 Z 2 Kunstrückgabegesetz erfüllt sind und empfiehlt der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur die Übereignung der 16 identifizierten Objekte.

Now, why (other than animosity towards me and Maria Altmann) wasn't this the standard used for the Klimt "Amalie Zuckerandl" painting from Ferdinand Bloch-Bauer's collection?

The solution is very simple. The Beirat should reconsider the case. The prior agreement and judgment is not a bar to reconsideration. See Kantor (settlement), Mahler-Werfel (final judgment AND prior negative Beirat recommendation).

If Dr. Kremser can get over his animosity towards me, and Dr. Rosenauer can forget for just one moment that they have to lose another Klimt, this should be a simple case. It was ALWAYS a simple case.

Randy

> From: Eva Blimlinger <eva.blimlinger@uni-ak.ac.at>

> Date: Mon, 04 May 2009 09:30:39 +0200

> To: E Randol Schoenberg <randols@bslaw.net>

> Subject: Re: Amalie Zuckerandl

>

> Dear Randol, I will answer you next week, because I have a lot auf

> appointment this week and not really time to answer, best Eva Blimlinger

>

> E. Randol Schoenberg schrieb:

>> Eva,

>>

>> I still cannot forget about the problem with the Bloch-Bauer's Klimt "Amalie

>> Zuckerkandl" painting (and the two Waldmüllers from Gertrude Löw
>> Felsövanyi).
>>
>> Below is the correspondence I have had with Michael Franz.
>>
>> I think if there is ever any hope of getting a correct result in this case,
>> it will have to be up to you. If you agree that there is a problem, which I
>> think that you do, the only way to help is to convince President Jabloner
>> and Michael Franz that it is something that needs to be looked at again more
>> closely. The solution is simply amending the law to conform with the
>> current practices of the Beirat, and then applying the current law properly.
>>
>> If the status quo remains, these lost paintings will fester like an open
>> wound forever. What bothers me the most is that this should have been an
>> easy case, much easier than the paintings from Adele's will. But by denying
>> restitution, the Beirat and the judges have, perhaps unknowingly, engaged in
>> a bit of Holocaust denial. By imagining (without ANY evidence!) a gift from
>> Ferdinand Bloch-Bauer to Amalie Zuckerkandl after January 1939, they pretend
>> that it was possible for a Jew in exile (he fled March 1938) to control the
>> disposition of his property. You and I know that this was not the case.
>> But apparently too many Austrians are ignorant of this basic fact. Of
>> course, the judges also ignored the fact that already the post-war
>> restitution courts recognized that even gifts by Jews who were fleeing
>> Austria were "Entziehungen" subject to reversal. (But in this case there
>> obviously was never even a gift. The painting could only have been
>> liquidated by Dr. Fuehrer like all the rest of Ferdinand's property.)
>>
>> Please, please help me correct this injustice. I just saw Maria Altmann
>> again this week. She is 93 years old but she will not be here forever.
>> (The same goes for Dr. Felsövanyi.) I fear that I am powerless to help
>> them. You may be our only hope.
>>
>> I should be returning to Vienna in October for a concert of my grandfather
>> Eric Zeisl's "Requiem Ebraico" with Zubin Mehta and the Vienna Philharmonic.
>> Perhaps I will have time to meet with you then. But I would love to hear
>> your thoughts.
>>
>> Randy Schoenberg
>>
>>
>> ----- Forwarded Message
>> From: E Randol Schoenberg <randols@bslaw.net>
>> Date: Thu, 30 Oct 2008 18:47:05 -0700
>> To: Michael Franz <Michael.Franz@bmukk.gv.at>
>> Cc: Hans Peter Huber <Hanspeter.Huber@bmukk.gv.at>, E Randol Schoenberg
>> <randols@bslaw.net>
>> Subject: Thanks again for the visit
>>

>> Dear Michael,

>>

>> It was a great pleasure meeting you here in Los Angeles. I hope the rest of
>> your trip was successful.

>>

>> I am so glad we had the opportunity to meet and talk about the issues that
>> you and I are both grappling with. As I explained, it was one of my great
>> frustrations that for so long I could not have any direct communication with
>> your predecessors. I think that talking about the issues can often lead to
>> a resolution that is beneficial for both sides. So I was especially happy
>> to be able to speak with you.

>>

>> I understand your political circumstances, and the desire not to propose any
>> further changes in the new law, for fear that the ÖVP will then abandon the
>> entire restitution project. I wish only that the new law could have been
>> drafted to resolve these issues the first time! But I respect your judgment
>> and hope that you will be successful in having the new law passed as it is
>> currently drafted.

>>

>> At some point, I hope it will be appropriate to ask President Jabloner or
>> perhaps Prof. Eva Blimlinger to review the actual decision in the Amalie
>> Zuckerkandl painting case and let you know if they agree with the result, or
>> if, as I have suggested, the result could have been different if the current
>> practices of the Beirat had been followed. The same type of review would be
>> appropriate for the Felsövényi family's two Waldmüller paintings. These are
>> the ONLY two cases I know of that were not correctly decided, in my view.
>> So a wholesale review of prior decisions should not be warranted. If, as I
>> suspect, President Jabloner or Prof. Blimlinger agree with me that the
>> Zuckerkandl painting and Felsövényi cases did not follow the current Beirat
>> guidelines, then I hope that you will take a closer look at the issue of how
>> to resolve these matters. A further revision of the law may not be
>> necessary.

>>

>> As we joked at our brunch, Austria sometimes has the problem that it shoots
>> itself in the foot. So, even while the art restitution law is one of the
>> most far-reaching and generous in all of Europe, the misapplication of the
>> law has led to embarrassments that have overshadowed all the good that was
>> done! I hope that working together we can rectify this, and help clear up
>> the few remaining disputes that are preventing Austria from moving forward
>> without shame over the way that it has dealt with its past.

>>

>> Thank you again for our meeting. I look forward to speaking with you again
>> soon,

>>

>> Randy Schoenberg

>>

>> ----- Forwarded Message

>> From: E Randol Schoenberg <randols@bslaw.net>
>> Date: Tue, 12 Aug 2008 07:47:16 -0700
>> To: Alexandra Schwabl <Alexandra.Schwabl@bmukk.gv.at>, Franz Michael
>> <Michael.Franz@bmukk.gv.at>
>> Cc: E Randol Schoenberg <randols@bslaw.net>, Hans Peter Huber
>> <Hanspeter.Huber@bmukk.gv.at>
>> Subject: Re: Restitution Amalie Zuckerkandl
>>
>> Dear Dr. Franz,
>>
>> Thank you so much for sending me the letter from Prof. Jabloner.
>> Unfortunately, I do not see any evidence that the Beirat (or you) have
>> considered the fact that the decisions in the Amalie Zuckerkandl case (by
>> the Beirat in 2005, the Schiedsgericht in 2006, and the OGH in 2008) are
>> INCONSISTENT with the current practices of the Beirat and your Ministry!
>>
>> As I have pointed out numerous times, the original 2006 Beirat decision
>> (<http://www.bslaw.com/altmann/Zuckerkandl/Decisions/beirat.pdf>) and the
>> decision of the Schiedsgericht (
>> <http://www.bslaw.com/altmann/Zuckerkandl/Decisions/decision.pdf>) were based
>> on the assumption that the 3. RückstellungsG and related decisions of the
>> restitution courts did not apply to the definition of "Entziehung" in the
>> NichtigkeitsG §1 (which is the only restitution law mentioned in the
>> RückgabeG). The OGH (
>> <http://www.bslaw.com/altmann/Zuckerkandl/Revision/OGH.pdf>) found that it
>> was plausible that the Parliament in 1998 intended NOT to apply the 3.
>> RückstellungsG when it mentioned only §1 of the NichtigkeitsG, and therefore
>> found that the Schiedspruch was not against the "ordre public". ("Dass der
>> Gesetzgeber des KunstrückgabeG einen Verweis auf das 3. RStG bewusst
>> vermieden haben könnte, um die Republik Österreich nicht mit der nur durch
>> die Entziehungsvermutung zu rechtfertigenden Beweislastumkehr zu belasten,
>> ist vor diesem Hintergrund immerhin so weit wahrscheinlich, dass die
>> Forderung nach einer (anologen) Anwendung dieser Bestimmung keineswegs
>> zwingend erscheint.")
>>
>> But as I have pointed out, in many decisions since 2007, the Beirat has in
>> fact applied the 3. RückstellungsG definition of Entziehung to determine if
>> an artwork should be restituted. For example,
>>
>> Max Roden Rosenzweig,
>> <http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15340/beschlussmaxrodenrosenzweig.pdf>
>> "§ 1 des Bundesgesetzes vom 15. Mai 1946, BGBl.Nr. 106/46, erklärt auch
>> entgeltliche Rechtsgeschäfte während der Deutschen Besetzung
>> Österreich für null und nichtig, wenn sie im Zuge einer durch das Deutsche
>> Reich erfolgten politischen und wirtschaftlichen Durchdringung vorgenommen
>> worden sind, um natürlichen Personen Vermögen zu entziehen, das ihm am 13.
>> März 1938 zugestanden ist. Nach § 2 Abs. 1
>> des dritten Rückstellungsgesetzes RGRI 1947/51 liegt eine nichtige

>> des unten rückstellungsgesetzes BGBl 1977/54, legt eine wichtige
>> Vermögensentziehung dann vor, wenn der Eigentümer politischer Verfolgung
>> durch den Nationalsozialismus unterworfen war und der Erwerber des Vermögens
>> nicht dartut, dass die Vermögensübertragung auch unabhängig
>> von der Machtergreifung des Nationalsozialismus erfolgt wäre.“ Die
>> Rechtssprechung der Rückstellungskommission hat dazu festgehalten, dass es
>> als gerichtsbekannt keines weiteren Beweises bedürfe, dass "Juden in
>> Österreich der politischen Verfolgung durch die nationalsozialistischen
>> Machthaber ausgesetzt waren" (Rkb Wien 83/47), ferner dass es bei Verkäufen
>> durch politisch Verfolgte für die Rückstellungspflicht ohne Belang ist, ob
>> der Kaufpreis angemessen war oder der Verkäufer die Verkaufsverhandlungen
>> selbst eingeleitet hat (Rkv 7/48, Rkb Wien 97/47) . Der vom Erwerber zu
>> erbringende Nachweis, die Vermögensübertragung hätte auch ohne die
>> Machtergreifung des Nationalsozialismus stattgefunden, erfordert den Beweis
>> bereits vorher stattgefundener Vertragsverhandlungen zu vergleichbaren
>> wirtschaftlichen Bedingungen oder aber einer - von der Machtergreifung des
>> Nationalsozialismus unabhängigen - aussichtslosen finanziellen Lage des
>> Verkäufers (Rkb Wien 905/48) . Es ist somit mit Sicherheit davon auszugehen,
>> dass der in Rede stehende Kunstgegenstand rückzustellen gewesen wären.”
>>

>> See also similar language in
>> Maria and Dir. Michael Ottakar Popper,
>> http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15339/beschlussmariaunddir_michael.pdf
>> Ernst Gotthilf,
>> <http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15335/beschlussernstgotthilf.pdf>
>> Theodor Wolf,
>> http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15342/beschlusshrdr_theodorwolf.pdf
>> Wilhelm Müller-Hofmann,
>> http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15591/rest_beirat_mueller.pdf
>> Roubicek & Purm,
>> http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15593/rest_beirat_roubicek.pdf
>> Marianne Nechansky,
>> http://www.bmukk.gv.at/medienpool/16670/beschluss_nechansky.pdf
>>

>> These decisions are clearly INCONSISTENT with the decision of the
>> Schiedsgericht, which found as follows
>>

>> “Da das Schiedsgericht, wie oben dargelegt, davon ausgeht, dass die Übergabe
>> des Bildes aus der Sammlung Bloch-Bauer an die Familie
>> Zuckerkandl/Müller-Hofmann freiwillig, also auf durch die private Beziehung
>> zu Amalie Zuckerkandl motivierte Veranlassung Ferdinand Bloch-Bauers,
>> erfolgte, liegt in diesem Vorgang keine ‘Entziehung’ im Sinne des
>> Nichtigkeitsgesetzes zu Lasten des Vermögen von Ferdinand Bloch-Bauer, mag
>> die Rückgabe auch durch die Verfolgung Ferdinand Bloch-Bauers in dem Sinne
>> verursacht worden sein, dass ohne die Ereignisse nach 1938 alle Dinge eine
>> andere Wendung genommen hätten. Das Gesetz verlangt vielmehr, dass die
>> Vermögensverschiebung erfolgte, ‘um zu . . . Entziehen’, welches
>> Tatbestandsmerkmal vorliegend nicht erfüllt ist.”

>>

>> The Beirat and the Schiedsgericht assumed (without any evidence to support
>> the finding, and much contrary evidence) that there was a "gift" of the
>> painting from Ferdinand Bloch-Bauer after 1938 (in exile!) to the
>> Zuckerkandl family in Vienna. I have always pointed out that under the 3.
>> Rückstellungsg, such a gift (if it occurred) must be considered an
>> Entziehung and the painting would still without question have been subject
>> to restitution to the Bloch-Bauer heirs (they did not locate the painting
>> until 1978, after the restitution laws had expired!).

>>

>> The Beirat itself took this position in the later Hans Abels case. See
>> http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15332/beschlussdr_hansabels8882.pdf
>> ("Unter Berücksichtigung des dargestellten Sachverhaltes kann kein Zweifel
>> daran bestehen, dass diese Schenkung ein Rechtsgeschäft war, das zufolge § 1
>> des BG vom 15. Mai 1946, BGBl. 106, nichtig war. Es ist mit Sicherheit
>> davon auszugehen, dass die geschenkten Objekte rückzustellen gewesen wären.
>> Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die geschenkten Objekte
>> rückzustellen gewesen wäre.") See also Gertrude Fischl,
>> http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15333/beschlussgertrudefischldr_ha.pdf ;
>> Gerturd Marlé
>> <http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15338/beschlussgertrudemarl.pdf> ; Regine
>> Ehrenfest-Egger
>> http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15741/rest_beirat_ehrenfestegger.pdf

>>

>> This current practice by the Beirat (NOT followed in the Amalie Zuckerkandl
>> case) is absolutely correct. As we explained in our filing with the OGH (
>> <http://www.bslaw.com/altmann/Zuckerkandl/Revision/Revision.pdf>),
>> Heller/Rauscher führen in ihrer Entscheidungssammlung an (siehe Graf NZ
>> 03/2007, 72 f [<http://www.bslaw.com/altmann/Zuckerkandl/Opinions/Graf.pdf>
>>]), dass auch Schenkungen unter die Rückstellungsgesetze fallen: „Eine auch
>> ohne die Machtergreifung des Nationalsozialismus erfolgte
>> Vermögensübertragung ist nicht bei einer seitens des auswandernden
>> Eigentümers erfolgten Schenkung von Einrichtungsgegenständen an seine
>> Freundin anzunehmen. Denn wenngleich die Gewährung einer Abfindung bei einer
>> Lösung der Beziehungen zu einer Freundin üblich ist, ist nicht dargetan,
>> daß der Eigentümer auch ohne die Machtergreifung, wenn er nicht durch die
>> Verhältnisse zur Auswanderung veranlasst worden wäre, der Erwerblerin gerade
>> die in Frage stehenden (Einrichtungs-)Gegenstände geschenkt hätte.“
>> (Heller/Rauscher, Die Rechtsprechung der Rückstellungskommissionen, 1949,
>> 221, S. 445-6, Rkb Wien 817/48 v. 10.9.1948
>> <http://www.bslaw.com/altmann/Zuckerkandl/Klage/Heller.pdf>).

>>

>> Once again, I ask that the Beirat reconsider the Amalie Zuckerkandl decision
>> in light of the more recent decisions of the Beirat applying the 3.
>> Rückstellungsg and related restitution court decisions. There is NO LAW
>> that prohibits such reconsideration by the Ministry or the Beirat (see
>> Mahler-Werfel decision

>> <http://www.bslaw.com/altmann/Zuckerkandl/Munch/Beirat.pdf>)

>> <http://www.bslaw.com/altmann/ZuckerKandl/VIUUIUUI/DEIIdL.pdf> .

>>

>> At the same time, I would ask that when you amend the RückgabeG, you include
>> language that confirms the current practices of the Beirat, as demonstrated
>> in the various Beirat decisions mentioned above. At the moment, there is a
>> conflict between the interpretation of the Schiedsgericht and OGH (that the
>> Parliament did not intend to apply the 3. RückstellungsG definition of
>> Entziehung) and the practice of the Beirat and your Ministry (applying the
>> 3. RückstellungsG and related restitution court decisions). This conflict
>> should be addressed in the new law and resolved in favor of the Beirat's
>> current practice. There must be some mention of the 3. RückstellungsG in
>> the law or in the legislative history to avoid further confusion.

>>

>> Sincerely yours,

>>

>> Randol Schoenberg

>>

>> P.S. All documents related to the Amalie Zuckerkandl case can be found at

>> <http://www.bslaw.com/altmann/ZuckerKandl/> .

>>

>> ----- End of Forwarded Message

>>

>>

>>

>

> --

> Mag. Eva Blimlinger

> Projektkoordination Kunst- und Forschungsförderung

> Universität für Angewandte Kunst/University of Applied Arts

> Oskar Kokoschka-Platz 2

> A- 1010 Wien/Vienna

> T: +43/1/71133-2778

> F: +43/1/71133-2776

> eva.blimlinger@uni-ak.ac.at

>

>

>

